

„Stimmung kippte am Nachmittag“

Trasse: Lob für Kammann im Landtag

Von Jürgen Bohlken

HARSTEDT/HANNOVER

▪ Jens Kammann hat gestern während einer öffentlichen Anhörung im Landtag in Hannover die Forderung der Interessengemeinschaft (IG) „Vorsicht, Hochspannung“ nach einer gasisolierten unterirdischen 380-KV-Leitung (GIL) von Ganderkesee nach St. Hülfe bekräftigt.

Die E.ON Netz GmbH favorisiert unterdessen aus Kostengründen weiterhin eine Freileitung, wie ihr Sprecher Christian Schneller deutlich machte. Allerdings zeigte sich der Netzbetreiber mit Blick auf eine unterirdische Lösung weniger unnachgiebig als in der Vergangenheit.

Colnrades Bürgermeisterin Hiltraud Lindemann verfolgte die ganztägige Anhörung und musste eingestehen, dass sie zunächst „langatmig“ gewesen sei: „Am Nachmittag aber“, so schränkte sie ein, „wurde es interessanter. Die Stimmung kippte. Plötzlich ging es nicht mehr nur um die reinen Baukosten.“ Das habe nicht zuletzt an Dr. Stephan Köhler (Siemens) gelegen. Er habe deutlich gemacht, dass eine gasisolierte Leitung absolut „Stand der Technik“ sei und auch auf der Trasse Ganderkesee-St. Hülfe reali-

sierbar wäre. Lob zollte indes sogar der Ausschussvorsitzende Friedrich Otto-Ripke unter Beifall IG-Sprecher Jens Kammann: Dessen Beitrag müsse sich nicht hinter denen der „Profis“ verstecken. Kammann hatte auch anklingen lassen, dass die IG den Bedarf der Stromtrasse keineswegs hinreichend belegt sehe, so dass die „Nullvariante“ – will heißen: gar keine zusätzliche Leitung – aus ihrer Sicht nicht vom Tisch sei. Prof. Heinrich Brakelmann (Uni Duisburg) argumentierte, bei der Freileitung seien zwar die Baukosten geringer, dafür aber die Leistungsverluste höher.

Käme die unterirdische Option, die seitens der E.ON nicht grundsätzlich abgelehnt werde, sieben Mal so teuer wie die Überlandvariante, verschlänge die Trasse „rund 300 Millionen Euro“, gab Christian Schneller (E.ON) zu bedenken. Die Regulierungsbehörde hätte dann zu entscheiden, ob diese Kosten auf die Verbraucher umgelegt werden könnten.

Von mehreren Seiten wurde dagegen eine stärker auf volkswirtschaftliche Belange ausgerichtete Sichtweise im Kostenvergleich angemahnt.

Der Städte- und Gemeindebund sprach sich klar für die Option Erdverlegung aus.